

Welche Kontingente braucht es?

FDP-Grossrat stellt Fragen zur basel-städtischen Strategie

Basel. Im Nachgang zur Abstimmung über die Masseneinwanderungs-Initiative möchte FDP-Grossrat Stephan Mumenthaler von der Basler Regierung wissen, welche Bedürfnisse der Kanton Basel-Stadt hinsichtlich Arbeitskräften und Kontingenten hat. Die Regierung habe zwar nach der Abstimmung vom 9. Februar die kantonalen Interessen bereits einmal grob skizziert, doch sei nun noch eine tiefer greifende Analyse angebracht.

Mit seinem Vorstoss, einer schriftlichen Anfrage, will Mumenthaler erfahren, wie sich die Bewilligungspraxis der Basler Regierung in den letzten Jahren darstellt – aufgeschlüsselt nach Aufenthalt und Grenzgängern, Dauer und im Vergleich zum gesamtschweizerischen Total. Ob die kantonalen Kontingente für Drittstaaten von Basel-Stadt in den vergangenen Jahren ausgeschöpft

wurden und in welchem Ausmass das nationale Kontingent beansprucht werden musste, will er weiter wissen. Wie sich die Bewilligungen im Kanton strukturell von der gesamtschweizerischen Struktur unterscheiden, zum Beispiel in Bezug auf Dauer oder Höhe der Qualifikationen, fragt Mumenthaler sodann.

Welchen Mehraufwand der Kanton erwartet, wenn für Bewilligungen für EU-Bürger zukünftig ein ähnlicher Prozess gelten sollte wie für Drittstaaten, fragt Mumenthaler weiter. Er wünscht, dass der Aufwand in zeitlicher Hinsicht sowie in Franken und in Stellenprozenten beziffert wird.

Abgeleitet von all dem möchte Mumenthaler erfahren, wie sich der Kanton Basel-Stadt ein künftiges Kontingentisierungssystem vorstellt und mit welchen Aktivitäten die Regierung ihre Anliegen durchsetzen will. mv